



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1915

341 (15.7.1915) Mittagsblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-324098](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-324098)

Bezugspreis: 30 Pfg. monatlich,
Beleglohn 30 Pfg., durch die
Post einschl. Postaufschlag III. 3.72
im Vierteljahr. Einzel-Nr. 5 Pfg.
Anzeigen: Kolonial-Beilage 30 Pfg.
Reklame-Beilage 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Zweigschriftleitung in Berlin

Schluss der Anzeigenannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Rundschau; Wandern und Reisen sowie Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 341.

Mannheim, Donnerstag, 15. Juli 1915.

(Mittagsblatt.)

Die amerikanischen Waffenslieferungen.

Eine Note Oesterreich-Ungarns an die Union.

Wien, 14. Juli. (W.Z. Nichtamtlich.) Der Minister des Aeußern hat an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika am Wiener Hofe eine Note gerichtet, die den nachstehenden Wortlaut hat:

Etwas stärkere paritätische Haltung!

Wien, 29. Juni 1915. Die tiefgreifenden Wirkungen, welche sich aus der Tatsache ergeben, die sich seit geraumer Zeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika einerseits und Großbritannien und dessen Verbündeten andererseits im Handelsverkehr mit Kriegswaffen im großen Umfang abspielt, während Oesterreich-Ungarn gleich Deutschland von dem amerikanischen Markt völlig ausgeschlossen sind, haben von allem Anfang an die ernsteste Aufmerksamkeit der I. und II. Regierung auf sich gezogen. Wenn nun der Unterzeichnete sich erlaubt, in dieser Frage, mit welcher das Washingtoner Kabinett bisher bloß von der kaiserlich-deutschen Regierung befaßt worden ist, das Wort zu nehmen, so folgt er hierbei dem Gebot der unabweislichen Pflicht, die ihm anvertrauten Interessen vor weiterer schwerer Schädigung zu bewahren, die aus dieser Situation gleich wie für das Deutsche Reich, so auch für Oesterreich-Ungarn erwächst. Ist auch die I. und II. Regierung durchaus davon überzeugt, daß die Haltung, welche die amerikanische Regierung in dieser Angelegenheit einnimmt, keiner anderen Absicht entspringt, als der, die strikteste Neutralität zu wahren und sich den in Betracht kommenden Bestimmungen der internationalen Verträge bis auf den Buchstaben anzupassen, so drängt sich doch die Frage auf, ob die Verhältnisse, wie sie sich im Laufe des Krieges, gewiß unabhängig von dem Willen der Bundesregierung, herausgebildet haben, nicht derartig beschaffen sind, daß sie die Intentionen des Washingtoner Kabinetts ihrer Wirkung nach durchkreuzen, ja daß diese geradezu ins Gegenteil verkehrt werden. Wird aber diese Frage bejaht, und ihre Bejahung kann nach der Meinung der I. und II. Regierung nicht zweifelhaft sein, dann knüpft sich hieran von selbst die weitere Frage, ob es nicht möglich, ja sogar geboten erscheint, daß Maßnahmen ergriffen werden, die geeignet sind, dem Wunsch der Bundesregierung, beiden Kriegsparteien gegenüber eine stärkere paritätische Haltung einzunehmen, volle Geltung zu verschaffen. Die I. und II. Regierung zögert nicht, auch diese Rechtsfrage unbedingt zu bejahen.

Vom wahren Wesen der Neutralität.

Der amerikanischen Regierung, die an dem Hoogen Werke in so hervorragender Weise mitgearbeitet hat, ist es sicherlich nicht entgangen, daß sich Wesen und Inhalt der Neutralität in den fragmentarischen Vorschriften der einschlägigen Verträge nicht annähernd erschöpfen. Fast man speziell die Entscheidungsgeschichte von Artikel 7 bzw. 13 der Konvention ins Auge, auf den sich die Bundesregierung in vorliegendem Falle offenbar stützt, und dessen Wortlaut ihr, wie durchaus nicht geleugnet werden soll, eine formale Handhabe für die Duldung des von den Vereinigten Staaten gegenwärtig betriebenen Handels mit Kriegsmaterial bietet, so bedarf es, um den wahren Geist und die Tragweite

dieser Bestimmung zu ermessen, die übrigens schon durch das Verbot der Verletzung von Kriegsschiffen und durch das Verbot gewisser Lieferungen an Kriegsschiffe der kriegführenden Länder durchbrochen erscheint, nicht erst des Hinweises darauf, daß die neutralen Staaten in den einzelnen eingeräumten Befugnissen im Sinne des Preambule zur letztgenannten Konvention ihre Grenzen findet in den Forderungen der Neutralität, wie sie den allgemein anerkannten Prinzipien des internationalen Rechts entsprechen.
Nach allen Autoritäten des Völkerrechts, die sich mit der hier zunächst in Betracht kommenden Frage des näheren beschäftigen, darf eine neutrale Regierung den Handel mit Kriegsmaterial nicht ungebunden lassen, sondern sie muß die Neutralität des Landes in Wirklichkeit gezogen wird. Mag man nun der Verletzung der Integrität des Kontrahenten, welches der verschiedenen Kriterien immer zu Grunde liegen, die in dieser Hinsicht in der Wissenschaft aufgestellt wurden, so gelangt man nach jedem einzelnen derselben zu dem Schluß, daß der Export von Kriegsmaterial aus dem Vereinigten Staaten, wie er im gegenwärtigen Kriege betrieben wird, mit den Forderungen der Neutralität nicht in Einklang zu bringen ist.
Es handelt sich jetzt nicht etwa um die Frage, ob die amerikanische Industrie, die sich mit der Erzeugung von Kriegsmaterial beschäftigt, davon bewahrt werden soll, daß der Export, den sie zu Friedenszeiten betrieben hat, eine Einbuße erleide. Vielmehr hat diese Industrie gerade infolge des Krieges eine ungeheure Steigerung erfahren. Um die ungeheuren Mengen von Waffen, Munition und sonstigem Kriegsmaterial aller Art zu fabricieren, welche Großbritannien und dessen Verbündete im Laufe der vergangenen Monate in den Vereinigten Staaten bestellt haben, bedurfte es nicht nur der vollen Ausnutzung, sondern sogar der Umwandlung und Erweiterung der bestehenden und der Schaffung neuer größerer Betriebe, sowie des Zutreffens von Millionen von Arbeitern aller Branchen zu diesen Betrieben, kurz tiefgreifender, das ganze Land erfassender Änderungen des wirtschaftlichen Lebens.
Warum erläßt Amerika nicht ein Ausfuhrverbot für Kriegsbedarf?
Der amerikanischen Regierung kann sonach von keiner Seite das Recht bestritten werden, durch Erlassung eines Ausfuhrverbotes diesen offen zutage liegenden enormen Export von Kriegsbedarf zu inhibieren, von welchem überdies notorisch ist, daß er nur einer der kriegführenden Parteien zugute kommen kann. Würde die Bundesregierung von dieser ihr zustehenden Befugnis Gebrauch machen, so könnte sie ein Vorwurf auch dann nicht treffen, wenn sie, um mit den Anforderungen der nationalen Gesetzgebung im Einklang zu bleiben, den Weg der Erlassung eines Gesetzes beschritte. Denn wenn es auch prinzipiell zutrifft, daß ein neutraler Staat die in seinem Bereich geltenden Vorschriften betreffend sein Verhalten zu den Kriegführenden nicht abändern soll, solange der Krieg dauert, so erleidet der Grundsatz doch, wie sich aus dem Preambule 13 der Konvention klar ergibt, in dem Falle eine Ausnahme, „ou l'experience en demontrent la necessite pour la sauvegarde de ses droits“.

Dieser Fall ist übrigens für die amerikanische Regierung schon mit der Tatsache gegeben, daß Oesterreich-Ungarn ebenso wie Deutschland von jedem Handelsverkehr mit den Vereinigten Staaten ausgeschlossen ist, ohne daß die rechtliche Voraussetzung hierfür, eine rechtsgültige Blockade, vorläge.
Dem etwaigen Einwand gegenüber, daß es bei aller Bereitwilligkeit der amerikanischen Industrie, wie an Großbritannien und dessen Verbündeten, so auch an Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu liefern, den Vereinigten Staaten aber nur infolge der Kriegslage nicht möglich sei, mit Oesterreich-Ungarn und Deutschland Handel zu treiben, darf wohl darauf hingewiesen werden, daß die Bundesregierung zweifellos wohl in der Lage wäre, dem geschiederten Zustand abzuweichen. Es würde wohl vorkauf genügen, den Gegnern Oesterreich-Ungarns und Deutschlands die Sicherung der Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen für den Fall in Aussicht zu stellen, daß der legitime Handel in diesen Artikeln zwischen der Union und den beiden Neutralmächten nicht freigegeben wird. Wenn sich das Washingtoner Kabinett zu einer Aktion in diesem Sinne bereit fände, so würde es nicht nur der in den Vereinigten Staaten stets hochgehaltenen Tradition folgen, für die Freiheit des legitimen Seehandels einzutreten, sondern sich auch das hohe Verdienst erwerben, das freilichste Verhalten der Feinde Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, sich des Hungers als Bundesgenossen zu bedienen, zu nichte zu machen. Die I. und II. Regierung darf sonach im Geiste der aus gezeichneten Beziehungen, die niemals aufgehört haben, zwischen der österreichisch-ungarischen Monarchie und den Vereinigten Staaten zu bestehen, an die Bundesregierung den von aufsehender Freundschaft getragenen Appell richten, sie möge unter Beobachtung auf die hier entwickelten Darlegungen den von ihr in dieser so hochbedeutsamen Frage bisher eingenommenen Standpunkt einer reiflichen Überprüfung unterziehen. Eine Revision der seitens der Regierung der Union beobachteten Haltung im Sinne der von der I. und II. Regierung vertretenen Auffassung würde nach deren Überzeugung nicht nur im Rahmen der Gebiete und Obliegenheiten einer neutralen Regierung, sondern auch in den Richtlinien jener von wahrer Menschlichkeit und Friedensliebe beherrschten Grundfälle liegen, welche die Vereinigten Staaten von jeher auf ihr Banner geschrieben haben. Indem der Unterzeichnete die Ehre hat, die sehr gefällige Benützung seiner Ersuchen des außerordentlichen bevollmächtigten Botschafters der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn Frederic Courtland Whitefield mit der Bitte ganz ergebenst in Anspruch zu nehmen, die vorstehenden Ausführungen auf telegraphischem Wege zur Kenntnis des Washingtoner Kabinetts gelangen zu lassen, bittet er zugleich auch diesen Anlaß, um seiner Ersuchen, dem amerikanischen Botschafter, den Ausdruck seiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.
Durian u. p.

Eine bundesbrüderliche Tat.

in Köln, 15. Juli. (Grün-Teil.) Die „Köln. Zg.“ meldet zur österreichischen Note an Amerika: Diese Kundgebung der österreichisch-ungarischen Regierung an die Vereinigten Staaten ist eine bundesbrüderliche Tat von höchstem Wert. Mit ihr tritt Oesterreich-Ungarn diplomatisch neben Deutschland in dem einzigen Falle, wo Deutschland anlässlich des Weltkrieges in ernste diplomatische Auseinandersetzungen mit einem neutralen Staate geraten ist. Gerade in dem Augenblick, wo die diplo-

matischen Forderungen zu einem wichtigen Punkte gebieten sind, das heißt, bei der Abwendung der zweiten Note Deutschlands über den Lusitaniafall, Präsident Wilson weist nun wenigstens, daß Oesterreich-Ungarn den Standpunkt Deutschlands teile und zweifellos entschlossen ist, auch alle Folgen dieses Standpunktes zu tragen.

Deutschland und Amerika.

Nach der „Lusitania“-Note.

[Berlin, 15. Juli. (Von u. Berl. Bur.) Aus Genf wird gemeldet: Aus Newyork wird gemeldet: Die Dreiverbändendiplomatie versucht, den früheren Präsidenten Roosevelt zu einer Agitation zu gewinnen, deren Ziel die Einberufung des Kongresses wäre, während Wilson und sein Staatssekretär es vorziehen, ohne größeres parlamentarisches Aufgebot lediglich nach Aussprache der Kabinettsmitglieder die neue Note nach Berlin zu richten, in der sicheren Erwartung der endgültigen befriedigenden Regelung aller noch vorhandenen Differenzen.
Die aus Amerika vorliegenden Depeschen lassen noch immer nicht genau erkennen, welche Schritte Wilson tun wird. Die Stimmung ist offenbar weiter uneinheitlich. Dem „Newyork Herald“ zufolge betrachtet das Publikum als Maximum bzw. Minimum der erforderlichen Aktionen der Regierung den Abbruch der diplomatischen Beziehungen bzw. eine Darlegung des amerikanischen Standpunktes. „Sun“ meldet, die Stimmung in Washington gegen einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen sei stärker geworden. Ueber die nächsten Schritte des Präsidenten mag niemand eine bestimmte Ansicht äußern.

Friedensbestrebungen in Amerika.

Die Kreuz-Zeitung veröffentlicht von Zeit zu Zeit sehr sachkundige und gut unterrichtete Darstellungen von „einem genauen Kenner amerikanischer Verhältnisse“. Dieser schreibt gestern über die Friedensbestrebungen und Friedensstimmungen in Amerika. Roosevelt erscheint als Vertreter der Kriegspartei, Bryan als Vorkämpfer des Friedensgedankens. Dann wird weiter ausgeführt: „Nun ist hierbei nicht zu übersehen, daß Bryan weit mehr Anhänger hat als Roosevelt. Bryan hat mindestens die Hälfte der demokratischen Partei, während die Mehrheit hinter ihn. Dagegen ist Roosevelts „progressive Partei“ ganz konterrot. Bei dem letzten Kongresswahlen hat sie nur ein oder zwei Mandate durchgebracht, so daß im Kongress eine progressivistische Partei überhaupt nicht existiert. Die meisten Progressiven sind zu den Republikanern zurückgekehrt. Einige haben sich den Demokraten, noch andere keinen Parteien zugewandt. Dagegen ist nicht zu leugnen, daß die Gegner Deutschlands das Gros der herrschenden Klassen und besonders die ganze englisch-schreibende Presse für sich haben. Diese Zeitungen sind aber nur zum kleinen Teile kriegerisch gesinnt. Die meisten beschränken sich darauf, ihre Symphonien mit anderen Gegnern zum Ausdruck zu bringen, einige in gemäßigter, andere in lajiroder Form. Dies ist die wahre Lage der Dinge, und auf Grund derselben erlauben wir uns die Prognose, daß es zum Frieden mit Amerika nicht kommen wird, daß dagegen die Amerikaner fortzuführen werden, unsere Gegner „moralisch“ und auch

Telegraphische Adressen:
„Generalanzeiger Mannheim“
Schriftführer:
Oberleitung u. Buchhaltung 1449
Buchdruck-Abteilung 341
Schriftleitung 377
Verwaltung u. Verlags-
buchhandlung 218 u. 7569

Handwritten notes in the left margin, including the name 'H. 17' and other illegible text.

durch die Lieferung von Kriegsmaterial zu unterstützen. Der Vertrag soll sich heute entlasten werden.

Bilson und Bryan sind darin einverstanden, daß beide sich dem ziemlich unpopulären Bestreben hingeben, den Frieden in Europa herzustellen. Bryan hat es als Pazifist, Wilson aber möchte seinen „Antitermin“ dadurch krönen, in der Weltgeschichte als „pacemaler“ verbrieft zu werden. ...

Die Abrechnung mit England. Neue scharfe Angriffe auf Asquith.

London, 14. Juli. (W.B. Nichtamtlich.) Die „Daily News“ schreibt: Der Nachdruck, mit dem das Unterhaus die summarische Art gutheißt, wie der Premierminister mit den Kritikern der Regierung verfährt, gibt die im Lande herrschende Stimmung über die Tätigkeit eines gewissen Teiles der Presse ...

Die „Daily Mail“ stellt in einem Leitartikel die Loyalität der Soldaten den entgegengegesetzten Eigenschaften der Politiker gegenüber. Das Blatt sagt: Niemand wurde wegen Nachlässigkeit in der Munitionstrage entlassen oder bestraft. Asquith unterdrückt noch immer die Unterjodung der Soldaten ...

Friedensfrage im englischen Unterhause.

Berlin, 15. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Aus Rotterdam wird gemeldet: Der Abgeordnete Mason fragte am Montag im Unterhause Asquith, ob er mitteilen wolle, welche Friedensbedingungen er den feindlichen Regierungen zur Grundlage von Verhandlungen machen wolle ...

Belgisch-französische Kriegsfahrt.

Von Dr. Richard Bahr.

Bei den kämpfenden Truppen

Und zuletzt, ganz zuletzt, sind wir zum Krieg selber gefahren. Sind im Gänsemarkt durch Hitze, stiche Schlingensgraben geklettert, und wer Müll hat, hat über ein schweigendes Feld hinweg und über sehr einbringlich redende Wollgruben und Drehtrocken einen Blick weilen dürfen auf die Türme und die im Sonnenglanz blinkenden Dächer von Soissons. ...

wolle. Asquith antwortete darauf, unter den heutigen Umständen scheint mir jede Besprechung hierüber vorzeitig.

Die Einigkeit des britischen Reiches.

London, 14. Juli. (W.B. Nichtamtlich.) Heute wurde im Unterhause ein Präsidium gegeben, dem der kanadische Premierminister beiwohnte. Balfour führte den Vortrag und erklärte, daß die Hilfe, die von den Kolonien gewährt werde, von entscheidendem Einfluß sein könne. ...

Der Seekrieg.

Das Seegefecht bei Gotland.

Berlin, 15. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Aus Stockholm wird gemeldet: Der russische Panzerkreuzer „Kerik“ ist, wie aus einer Privatnachricht hervorgeht, in dem Kreuzergefecht bei Gotland am 2. Juli erheblich beschädigt worden und befindet sich zurzeit in Kronstadt zur Reparatur.

Christiania, 14. Juli. (W.B. Nichtamtlich.) „Verdens Gang“ meldet aus Trondheim: Dem Matrosen „Nordlands Posten“ erzählt ein zuverlässiger Mann, daß er am letzten Mittwoch eine Seemeile von Lande an derselben Stelle, wo der deutsche Dampfer „Friedrich Krab“ in den Grund gebohrt worden ist, ein Kriegsschiff mit zwei Schornsteinen gesehen habe, das von Westen kam. ...

Die innere Lage Rußlands.

Aus sozialistischen Kreisen Petersburgs erhält der Basler „Vorwärts“ ein Schreiben, in welchem die innere Lage Rußlands in recht düsteren Farben geschildert wird. Der Verfasser dieses Briefes, ein namhafter Vertreter der russischen Arbeiterbewegung, schildert zunächst die Stimmungen und Meinungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie, die geradezu geteilt sind wie in der deutschen Sozialdemokratie. ...

Der Petersburger Gewerksmann des Basler „Vorwärts“ verheißt sich indes nicht.

daß die militärische Lage Rußlands zu den allerhöchsten Bedenken Anlaß gibt und die endgültige Niederlage immer wahrscheinlicher werde. Den russischen Armeeführern fehle es heute sozusagen an allem: an ausgebildeten Soldaten, an Offizieren und an Munition. ...

Der in Hoffreien wie überhaupt von der reaktionären Partei ernstlich erhoffene Gedanke eines Sonderfriedens mit Deutschland und Österreich begegnet im Volk und ganz besonders bei den Arbeitern und der Bourgeoisie härtester Ablehnung. Die Arbeiterklasse befürchtet von einem solchen Sonderfrieden das Wiedererleben der heiligen Allianz, eine neue Periode fürchterlicher Reaktion im Innern. ...

Der Briefschreiber beschäftigt sich sehr eingehend mit den verschiedenen Revolten in den einzelnen Städten, welche mit den von der Regierung begünstigten Judenpogromen begannen und mit einer allgemeinen ...

harmlos schienen sie aus, schier anheimelnd, uralten Wälderwald vergleichbar, die eine unsichtbare Hand an das Firmament hefte. ...

Rebellion der Arbeiter endeten, und fast noch was die heutige Lage in Rußland in der Formel zusammen: Sonderfrieden gleich sofortige und allgemeine Revolution, bei Weiterführung des Krieges ebenfalls Revolution, aber unter für die Nachhaber wesentlich schlechteren Bedingungen mit der ziemlich sicheren Aussicht zu liberalen freiheitlichen Verfassungs-konzeptionen und zu durchgreifenden Reformen auf wirtschaftlichem Gebiet gezwungen werden.

Die Einberufung der Duma.

Berlin, 15. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Aus Petersburg wird gemeldet: In Duma-Kreisen wird verlautbart, daß als Einberufung der Reichsduma der 31. Juli 1915 neuen Stills in Aussicht genommen ist. Die Regierung beabsichtigt, den Jahrestag der Kriegserklärung zu einer großen Kundgebung in der Sitzung der Duma auszunutzen.

Petersburg, 14. Juli. (W.B. Nichtamtlich.) „Ritich“ antwortet auf die Frage des Ministerpräsidenten Goremykins nach dem Zwecke der Einberufung der Duma, daß das Land instinktiv einen festen Stützpunkt suche, dem alles ringsum schwankt. ...

Der Balkan. Reibungen zwischen Griechenland und Italien.

Athen, 14. Juli. (W.B. Nichtamtlich.) Eine vom italienischen Minister des Auswärtigen an den griechischen Gesandten in Rom gerichtete Botschaft über das Verhalten der griechischen Presse wird in hiesigen politischen Kreisen als verächtlich und von der griechischen Presse als lächerlich bezeichnet, da die italienische Presse Griechenland seit langem auf das beleidigendste angegriffen habe.

Der Ministerrat beschäftigte sich mit dem Mißbrauch der griechischen Flagge durch ein Schiff der italienischen Kriegsmarine. Die Engländer haben die griechischen Telegraphenbeamten in Mudros ihrer Stellung enthoben.

Es wird bestätigt, daß ein großer englischer Truppentransport bei Pernoia versenkt worden ist.

Berlin, 15. Juli. (Von u. Berl. Büro.) Aus Athen wird gemeldet: Seit einiger Zeit beschäftigt sich die griechische Presse mit der Finanzlage des Landes, welche von ihr in den schmerzhaftesten Farben geschildert wird. Der Finanzminister erklärte jedoch dem Berichterstatter des Berliner Tageblattes, daß keinerlei Grund zur Besorgnis vorliege. ...

Das Parlament, das am 20. Juli zusammentreten soll, wird jetzt nicht vor Anfang August einberufen werden.

Eine Schlacht bei Tirana.

Berlin, 15. Juli. (Von unserm Berliner Bureau.) Bei Tirana siegen die Serben auf einen heftigen Widerstand der Albanier. Dort entwickelte sich eine ...

in diesem Kriege so selten — ein paar Reiter: der Sig des Disfianshabes; von ihm liegen die letzten Befehle zur Front. Langsam schüttert ein Blanzwagen über die staubige, sonnen-durchglähnte Landstraße: das rote Kreuz zu beiden Seiten weist seine melancholische Bestimmung. ...

harmlos schienen sie aus, schier anheimelnd, uralten Wälderwald vergleichbar, die eine unsichtbare Hand an das Firmament hefte. ...

Kunst und Wissenschaft.

Von der Heidelberger Universität. Die Zahl der Studierenden an unserer Universität beträgt nach dem letzten erdichteten Personalverzeichnis 1136, davon sind aus dem deutschen Reich 393, aus dem Ausland 52. ...

Hochschule für Musik in Mannheim.

Der zweite und letzte Vortragsabend im Kriegsjahr 1914/15 führte weitverbreiteter Schüler der Klavierklasse Billy Reberg, der Gesangsklasse August Ferron, sowie einen Schüler der Kompositionsklasse Ernst Todt ins Treffen. ...

In Ihrem Interesse!

Besuchen Sie die Letzte Ausverkaufswochen

von Donnerstag, den 15. Juli bis inkl. Mittwoch, den 21. Juli

Neu-Angebote von unerreichter Billigkeit.

— Etwas Außergewöhnliches: —

Ein Posten
Weisse Batist-Blusen
früher bis M. 6.—
95 50
Pl. Pl.

Weisse
Volle- u. Krepp-Blusen
früher bis M. 16.50
2⁵⁰ 1⁷⁵

Ein Posten
Tüll-Blusen
früher bis M. 27.—
7⁷⁵ 3⁵⁰

Reinwollene
Musseline-Blusen
früher bis M. 6.—
3⁷⁵ 2⁵⁰

Handgestickte
Weisse Voile-Blusen
früher bis M. 17.50
4⁷⁵ 3⁷⁵

Hocheleg. farb.
Seidene Blusen
früher bis M. 37.50
12⁵⁰ 7⁷⁵

Elegante weisse
Handgest. Blusen
früher bis M. 21.—
7⁷⁵ 5⁹⁰

Schwarze
Voile-Blusen
früher bis M. 12.50
4⁹⁵

Seiden-
Eolienne-Blusen
in braun, grün u. blau
5⁷⁵

Hochlegante
Handstickerei-Blusen
früher bis M. 31.—
12⁷⁵ 9⁷⁵

Weisse und farbige Voile-Kleider früher bis Mk. 92.50	12.50 7.75	3.50
Elegante farbige Seiden-Kleider Wert bis Mk. 205.00	38.50 17.50	12.50
Weisse und farbige Frotté-Kostüme Wert bis Mk. 52.00	9.50	5.75
Reinwollene Morgenröcke Wert bis Mk. 41.00	13.50	8.75
Reinwollene Morgenjacken Wert bis Mk. 8.25	3.50	2.50
Moderne Wollmusseline-Kleider Wert bis Mk. 62.00	17.50 12.50	5.75
Weisse Kinder-Kleider für jedes Alter, Wert bis Mk. 31.00	9.50 6.90 4.75	3.90
Farbige Kinder-Kleider für jedes Alter, Wert bis Mk. 27.00	7.50 5.90 4.75	2.75
Weisse und farbige Kostümröcke Wert bis Mk. 39.75	9.75 5.90	2.75
Farbige Popeline-Mäntel und -Jacken Wert bis Mk. 35.00	14.50	8.75
500 verschied. Kostüme in Eolienne, kariert, blau, schwarz, sowie Covercoat, Wert von Mk. 27.— bis 135.—	48.50 38.50 24.50	12.50
Eleg. schwarze Seiden- u. Eolienne-Mäntel Wert bis Mk. 125.00	38.50 29.00 22.50	15.00
Schwarze und blaue Alpaka-Mäntel Wert bis Mk. 45.00	18.50	12.75
Moderne Covercoat-Mäntel ausnahmsweise zu	24.50 17.50	12.50
Lüster-Unterröcke mit grossem Seiden-Ansatz		1.95

Meine 5 Schaufenster zeigen
verblüffende Angebote!



Überzeugen Sie sich, was ich biete!

Sophie Link

Die Einkaufsquelle von Mannheim für moderne Damen- und Kinder-Bekleidung.